

# BESCHLUSSVORLAGE

Vorlagen-Nr.: 2022/023

## Beratungsfolge:

<b>Gremium</b>	<b>Status</b>	<b>Sitzungstermin</b>
Gemeinderat	öffentlich	17.02.2022

## Haushalt 2022 - Stellungnahme der Gemeindeverwaltung zu den Anträgen der Gemeinderatsfraktionen sowie Beratung - Satzungsbeschluss

### I. Sachverhalt

Seit März 2020 ist die Verwaltung im Coronamodus. Die ständig wechselnden Gefährdungslagen und damit einhergehend angepassten Rechtsvorschriften, belasten die Verwaltung auf das Äußerste. Die Gemeinden allgemein stehen dabei in einer Sondersituation. Haben sie doch die Auswirkungen als Ordnungsamt, Arbeitgeber und Dienstleister für die Bürger in Form von Kindergärten und Schule zu bewältigen. Hinzu kommen laufende Projekte, die eine große Verwaltungsleistung in Anspruch nehmen. Die Einführung eines Ratsinformationssystems beispielsweise hat umfangreiche Umorganisationsarbeiten zur Folge. Laufende Projekte wie beispielsweise die Entwicklung des Baugebiets Heubeund West, die Projektentwicklung Heubeundstr. 19, Sanierung der Kreuzwegstationen, Neubau eines Verbrauchermarktes in der Gemeinde, Breitbandausbau, Rechtsänderungen im PV-Bereich durch Redispatch 2.0, barrierefreier Ausbau der Bushaltestellen, Umsetzung eines Carsharing-Projektes mit Bau einer Ladesäule und zuletzt immer aufwändigere Maßnahmen zur Gewinnung notwendigen Personals für die aktuellen Aufgaben der Gemeinde, **bringen die Verwaltung seit längerer Zeit an die Grenzen der Belastung und auch deutlich darüber hinaus!**

Bereits im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen im letzten Jahr wurde auf diese enorme Belastungssituation hingewiesen. Leider muss zur Kenntnis genommen werden, dass in den meisten Stellungnahmen der Fraktionen zum aktuellen Haushaltsentwurf nicht erkennbar ist, dass dieser Situation Rechnung getragen wird. Die Einstellung von weiterem Personal kann dabei auch keine Allheillösung sein. Aktuell ist festzustellen, dass die Gewinnung von geeignetem Fachpersonal derzeit einem Glücksfall gleichkommt und nur unter enormem Verwaltungsaufwand möglich ist. Stellenzuschnitte, die nicht optimal sind, fallen in der aktuellen Konkurrenzsituation schnell unter den Tisch. Eine weitere Ausweitung des Personalbestands führt dabei auch zu weiteren notwendigen Leitungsaufwand. Zuletzt belasten weitere Personalstellen nachhaltig den Ergebnishaushalt und beschränken damit die kommunalen Handlungsspielräume der Zukunft. Wir appellieren daher wie die letzten Jahre nun wieder erneut an alle Mitglieder des Gemeinderats, die Ideen und Wünsche auf ein umsetzbares Maß zu beschränken und statt umfangreichen Anträgen, deren Bearbeitung wiederum enorme Verwaltungskraft bindet, zukünftig den Fokus im Rahmen einer Priorisierung auf einzelne Projekte zu richten und dabei zu beachten, dass die Verwaltung mit den laufenden Arbeiten bereits eine hohe Grundbelastung hat.

Nun zu den Anträgen:

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde hierbei farblich hervorgehoben.

### 11.10.0100 Verwaltungsgebäude

SPD-Fraktion: Der Beitritt Wäschenbeurens zum Klimaschutzpakt war ein bedeutender Schritt für unseren Ort. Nun gilt es, die gesetzten Ziele mit Maßnahmen zu hinterlegen und so den Weg zur klimaneutralen Gemeinde zu beschreiten. Wir schlagen daher vor, dass die ohnehin

zu erhebenden Energieverbräuche in gemeindeeigenen Liegenschaften systematisch auf Einsparpotentiale hin untersucht werden. Hieraus können sich auch kostenreduzierende Alternativen ergeben.

Die Gemeindeverwaltung hat Einsparmaßnahmen stets „auf dem Schirm“. Wir sehen uns absolut in der Nachfolge des Stammes der Schwaben.

#### **11.10.0100 Verwaltungsgebäude**

GRÜNE-Fraktion: Zusätzlich kann die Gemeinde bereits durch kleinere Projekte und Maßnahmen einen großen Beitrag leisten. So sollte sich die Gemeinde verpflichten, bei zukünftigen Neubauten und Sanierungen auf den Einsatz von nachhaltigen Heizmitteln zu setzen. Dabei können je nach Größe des Projekts verschiedene Systeme wie Wärmepumpen oder Pelletheizungen zum Einsatz kommen. Auch ein Gesamtwärmeconcept mit einer zentralen klimafreundlichen Heizanlage für alle im Ortskern gelegenen öffentlichen Gebäude ist ein Schritt in die richtige Richtung, der gemeinsam mit einer KlimamanagerIn umgesetzt werden kann. Dabei könnte die Gemeinde auch privaten Hausbesitzern anbieten, sich an die zentrale Heizanlage anzuschließen.

Eine von vorneherein vorgenommene Selbstbeschränkung der Gemeinde halten wir für nicht zielführend. Im Rahmen aktueller Projekte, die der Gemeinderat immer mitbegleitet, hat dieser die Möglichkeit, auf die jeweilige Situation hin angepasste Entscheidungen zu treffen. Für die Erstellung von großen Wärmeconcepts besteht derzeit keine Kapazität in der Verwaltung. Diese gesetzlichen Vorgaben gelten nur für die Großen Kreisstädte.

#### **11.30.0000 - Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

CDU-Fraktion: Bei den Unterhaltungsaufwendungen sind größere Posten für den Kath. Kindergarten St. Elisabeth und unsere Kinderspielplätze vorgesehen. Das begrüßen wir. Spielplätze sind bedeutsame Begegnungs-, Kommunikations- und Beziehungsorte für jüngere und ältere Kinder. Dementsprechend müssen Kinder als Expertinnen und Experten ihrer Lebenswelt die Möglichkeit haben, sich an der Ausgestaltung der Spielräume zu beteiligen. Ebenso benötigen ihre Eltern eine Möglichkeit, um Lob, Kritik und Anregungen anzubringen. Hierfür schlagen wir statt der herkömmlichen Spielplatzforen ein digitales Format mittels QR-Codes an den Spielplätzen vor.

Wenn es nur um einen Link auf das Kontaktformular auf der Homepage der Gemeinde geht, wäre dies durch einen QR-Code sicherlich lösbar. Die Einführung von betreuten digitalen Foren steht die Verwaltung aufgrund des damit verbundenen Aufwands ablehnend gegenüber.

SPD-Fraktion: Nicht alle Anträge und Anregungen aus den Fraktionen des Gemeinderates kosten Geld, aber alle erfordern Zeit, sich damit zu beschäftigen. Wir sehen es deshalb als sehr sinnvoll an, wenn die Arbeit im Rathaus weiter digitalisiert und damit effektiver gemacht wird. Das betrifft auch die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat.

Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen ist bereits im Gange. Leider ist die Umstellung oft mit einem enormen Aufwand verbunden. Die Einführung des Ratsinformationssystems ist hierzu ein Musterbeispiel. Digitalisierung wird auch in Wäschenbeuren weiter umgesetzt werden. Eine wesentliche Verschlankeung der in kleinen Verwaltungseinheiten schon einfachen Prozessen wird dabei aber nicht zu erwarten sein.

GRÜNE-Fraktion: Wir setzen uns auf kommunaler Ebene für eine Politik des „Gehörtwerdens“ ein. Bürgerbeteiligungsformate wollen wir generationsübergreifend stärken und weiterentwickeln. Bei Gemeinderatssitzungen sollten wirklich alle Punkte öffentlich behandelt werden, bei denen das öffentliche Wohl oder das berechtigte Interesse Einzelner nicht verletzt wird. So verlangt es die Gemeindeordnung. Wir befürworten, dass eine Internetplattform geschaffen wird, wo die Bürger frühzeitig und besser informiert werden und ihre Meinung einbringen können.

Die Verwaltung bietet über das Mitteilungsblatt und die Homepage bereits umfangreiche Informationsmöglichkeiten für alle interessierten Personen. Auch besteht über das Kontaktformular, über die Emailadressen der Mitarbeitenden sowie über die Telefonkontakte die Möglichkeit einer Kontaktaufnahme und eines Austausches. Weitere Foren oder anderweitige Plattformen steht die Verwaltung aufgrund des damit verbundenen administrativen Aufwands ablehnend gegenüber. Das Ratsinformationssystem wird jedoch die gewünschte Transparenz optimieren.

## **12.20.0000 Ordnungswesen - Parkproblematik**

FWW-Fraktion: Die Beschwerden über das willkürliche Parken in der Gemeinde verstummt nicht. Hier sollten wir jetzt endlich was unternehmen, da die Aufrufe im Gemeindeblatt nicht die gewünschte Wirkung erzielt haben. Da unsere Anträge der letzten Jahre zu einem Ordnungsdienst abgelehnt wurden, erwarten wir jetzt von der Verwaltung eine andere Lösung.

SPD-Fraktion: Im Gemeinderat ist man sich einig, dass die Nachverdichtung in der Bebauung im Ort Vorrang vor Neubaugebieten hat. Das hat jedoch, trotz Erhöhung der Anforderung an die Zahl der PKW-Stellplätze, eine weitere Zuspitzung im ruhenden Verkehr zur Folge. Im Ort wird teilweise bis in den Kreuzungsbereich hinein geparkt, was nicht nur ein Ärgernis ist, sondern auch eine reale Gefahr für unsere Bürgerinnen und Bürger darstellt. Die Feuerwehr beklagt zugeparkte Anfahrtswege. Öffentliche Parkplätze werden monatelang mit Baumaschinen oder Baumaterial belegt. Und auch sonst treten immer wieder Störungen des Gemeinschaftslebens auf. Wir erneuern daher unseren Antrag, einen gemeindlichen Ordnungsdienst mit Übertragung polizeilicher Vollzugsaufgaben einzurichten. Eine solche Person übernimmt auch die Verwarnungskompetenz des Polizeivollzugsdienstes. Damit kann der oder die gemeindliche Vollzugsbedienstete Verwarnungen mit oder ohne Verwarnungsgeld verhängen und diese erhobenen Verwarnungsgelder fließen in den meisten Fällen in die gemeindliche Kasse.

Die Verwaltung spricht sich nachdrücklich gegen die Einrichtung eines Ordnungsdienstes mit Übertragung polizeilicher Vollzugsaufgaben aus. Die teilweise sehr komplizierte Rechtslage und die Notwendigkeit, im Zweifel gerichtsfest die Prozesse zu dokumentieren, würde die Mitarbeitenden vor enorme Herausforderungen stellen und ist bei kleinen Teilzeitarbeitsverhältnissen praktisch nicht umsetzbar. Bei nicht akzeptierten Verwarnungen muss eine Weiterleitung der Vorgänge an das Straßenverkehrsamt erfolgen, das dann auch das Bußgeld im Verfahren erhält.

Grundsätzlich sei darauf hingewiesen, dass jede am Straßenverkehr teilnehmende Person die Möglichkeit hat, Missstände direkt dem Landratsamt zu melden, das dann nach positiver Prüfung ein Verfahren einleitet. Auch so kann Bürgerdialog interpretiert werden.

Das Wirken soll nicht in der Anonymität enden, sondern als Bürger kann man, wenn es einen stört, auch selbst tätig werden. Vorgänge gibt es im Ort, die auch funktionieren.

## **21.10.0100 Stauferschule – Schulsozialarbeit**

SPD-Fraktion: Die SPD-Fraktion hatte zum letztjährigen Haushalt den Antrag gestellt, eine Halbtagesstelle für die freie Jugendarbeit einzurichten. Am 02.12. letzten Jahres wurde erfreulicherweise eine solche Stelle für Jugendsozialarbeit beschlossen.

Diese gilt es nun sinnvoll sowie ausreichend auszustatten. Da die Stelle wohl auch über einen Träger gestaltet werden soll, müssten die Aufwendungen dafür unter den „Sonstigen ordentlichen Aufwendungen“ aufgenommen werden.

Für die Anschaffung geringfügiger Vermögensgegenstände sind im Haushalt 3.000 € in diesem Bereich eingeplant. Dieser kann um 2.000 € erhöht werden. Gleichzeitig werden bei der Anpassung eine Nachfinanzierung für iPads, deren Lieferung sich von 2021 nach 22 verzögert hat, berücksichtigt.

## **21.10.0100 Stauferschule – Ganztagesbetreuung**

SPD-Fraktion: Im Hinblick auf den kommenden Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung in der Grundschule macht es Sinn, bereits jetzt eine Harmonisierung der Betreuungszeiten von KiTa und Grundschule vorzunehmen. Dies wäre damit ein erster Schritt hin zur sowieso notwendigen Ausdehnung der schulischen Betreuungszeiten. Der Betreuungsbeginn müsste von 7.30 Uhr auf 7.00 Uhr vorverlegt und das Ende der Betreuungszeit Mo-Do von 16.00 auf 17.00 Uhr nach hinten verlegt werden. Die Veränderung ist also überschaubar, genauso wie die Kosten dafür.

CDU-Fraktion: Wir hoffen, dass die neue Vollzeitstelle der Sozialarbeit mit Stellenumfang von 50 % Schulsozialarbeit und 50 % für die Ganztagsbetreuung schnell und vor allem kompetent besetzt werden kann. Sobald sich die neue Fachkraft eingearbeitet hat, sind die Betreuungszeiten und eine einheitliche Entlohnung der Beschäftigten auf die Tagesordnung zu nehmen.

SPD-Fraktion: Auch über die Eingruppierung der Betreuungskräfte in der Schule in den TVöD wurde bereits diskutiert. Eine Zusage der Gemeindeverwaltung, dies nach Einstellung der neuen Leitung der Schulbetreuung ins Auge zu fassen, wurde dem Gemeinderat gemacht. Wir vertrauen darauf, dass diese Zusage eingehalten wird und die Betreuungskräfte, die hervorragende Arbeit leisten, analog den Mensakräften, aber angepasst an die Situation in der Betreuung, in Verträgen nach TVöD eingruppiert werden.

Eine Anpassung der Verträge mit den Betreuungskräften ist, wie in vergangenen Sitzungen bereits angesprochen, nach Vorliegen des neuen Betreuungskonzeptes, das von der neu einzustellenden Sozialarbeitskraft zu erstellen ist, analog zur Überleitung der Mensakräfte vorgesehen.

## **28.10.0000 Sonstige Kulturpflege – Quartiersmanager Arbeitsort und Aufgaben**

SPD-Fraktion: Bei der beschlossenen Stelle des Quartiersmanagers soll es möglich sein, unterschiedliche Aktivitäten in der Gemeinde für die Bürger zu koordinieren, ein Gemeindeforum zu bilden, ehrenamtliches und bürgerliches Engagement zu bündeln und Auskunftsstelle für Bürgeranfragen im gesamten sozialen Bereich zu sein. Wir halten deshalb die räumliche Unterbringung im Rathaus für sinnvoll.

CDU-Fraktion: Sehr erfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass sich im Bereich Quartiersmanagement etwas tut. Die Beteiligten befinden sich aktuell in Gesprächen. Wenn es um die detaillierte Stellenbeschreibung geht, muss der Gemeinderat mit am Tisch sitzen.

Das Thema Quartiermanagement wird noch Gegenstand weiterer Beratungen im Gemeinderat sein. Wir stehen im Kontakt mit allen beteiligten Stellen.

## **28.10.0000 Sonstige Kulturpflege - Geschirrmobil**

CDU-Fraktion: Normalerweise – außerhalb von Pandemiezeiten – finden in Wäschenbeuren viele Feste und Feiern statt. Als aktiven Beitrag zur Vermeidung von Papp- und Plastikresten bei Feierlichkeiten könnte die Gemeinde Wäschenbeuren dem Kulturring und Privatpersonen ein sogenanntes „Geschirrmobil“ zur Verfügung stellen. Geschirrmobile bestehen aus einem Anhänger, auf dem eine Geschirrspülmaschine, ein Spülbecken und Geschirr- und Besteckteile aufgebracht sind. Wir bitten die Verwaltung die Anschaffung eines solchen Anhängers zu prüfen.

Der Anschaffung eines Geschirrmobils steht die Verwaltung aufgrund des damit verbundenen Betreuungsaufwands grundsätzlich kritisch gegenüber. Über eine bedarfsgerechte Anmietung

seitens der Vereine mit finanzieller Unterstützung durch die Gemeinde kann nachgedacht werden.

### **28.10.0000 Sonstige Kulturpflege - Kreuzwegstationen**

SPD- Fraktion: Wir haben im letzten Jahr gehört, dass sich die Verwaltung um die Renovierung des Kreuzwegs gekümmert hat, aber leider noch nicht zur Verwirklichung gelangt ist. Mittel für die Renovierung sind im Haushalt vorgesehen. Auch hierzu erwarten wir, dass man das Thema vorantreibt und im Jahr 2022 zum Abschluss bringt.

Die umfangreichen Arbeiten mit derzeitigem Sachstand wurde in der Gemeinderatssitzung vom 20.01.2022 dargelegt. Die Verwaltung hat das Projekt mit großem Engagement vorangetrieben. Doch die Umsetzung ist von der Zustimmung Dritter abhängig.

### **28.10.0000 Sonstige Kulturpflege - Vereinsförderung**

GRÜNE-Fraktion: Unser Gemeindeleben ist von der Pandemie betroffen. Durch den Ausfall von Faschingsveranstaltungen und dem Pfingstmarkt ist den Vereinen eine wichtige Einnahmequelle verloren gegangen.

Wir sind uns bewusst, welche wichtige Aufgabe unseren Vereinen innerhalb der Ortsgemeinschaft zukommt und beantragen deshalb einen Fördertopf zu erstellen, der die wegfallenden Einnahmen mindestens teilweise kompensiert. Es muss gewährleistet werden, dass während und nach der Pandemie eine gute Vereinsarbeit möglich ist. Den Vereinseintritt durch Schnuppermitgliedschaften zu fördern, begrüßen wir ausdrücklich.

Das Thema Schnuppermitgliedschaft war bereits Gegenstand der Beratung in der Gemeinderatssitzung vom 20.01.2022 und ist somit in Bearbeitung. Für eine zusätzliche Corona-Förderung, die nach Einbringung des Haushalts beschlossen wurde, sind in der Änderungsliste 10.000 € unter 28.10.0000 berücksichtigt. Über eine mögliche Förderung müsste gesondert noch beraten werden. Verwiesen wird auch auf einen Anlauf seitens der Verwaltung, der im GR leider keine Zustimmung bekommen hat.

### **31.80.0000 Sonstige sozial Hilfen und Leistungen – Regelmäßiger Treffpunkt für Senioren**

SPD-Fraktion: Der Wunsch der Senioren nach einem regelmäßigen Treffpunkt ist aus der Umfrage des Runden Tisches deutlich geworden. Das muss nicht direkt von der Gemeinde ausgehen und muss auch nicht in Gemeinderäumen stattfinden. Die Verwaltung sollte jedoch die Initiative ergreifen und auf mögliche Ansprechpartner wie Aktive Senioren oder auch die Katholische Kirchengemeinde mit Blick auf das Katholische Gemeindehaus zugehen. Anfallende Kosten können ggfs. bezuschusst werden.

In der aktuellen Coronalage ist das Thema eines regelmäßigen Treffpunktes für Senioren nicht umsetzbar. Empfohlen wird, zunächst abzuwarten, ob seitens der Aktiven Senioren, die bereits in der Vergangenheit regelmäßige Treffen veranstaltet haben, wieder ein Rahmen geschaffen wird. Sollte dies nicht aus dem Interessenskreis heraus selbst erfolgen, wäre bei Bedarf ein Anstoßversuch durch die Verwaltung denkbar. Verwiesen wird auch auf die erhofften Aktivitäten aus der künftigen Quartiermanagementstelle.

### **31.80.0000 Sonstige sozial Hilfen und Leistungen –DRK**

SPD-Fraktion: Ganz erfreulich ist der Aufschwung, den das Deutsche Rote Kreuz in Wäscheneuren erlebt. Neue Mitglieder und steigende Fachkompetenz sind hochwillkommen. Die Gemeinde sollte das DRK beim Aufbau eines Stützpunktes hier im Ort nach Kräften

unterstützen; so sind derzeit z.B. Garagen für Fahrzeuge und Räumlichkeiten für regelmäßige Treffen gesucht.

Auch die Gemeindeverwaltung begrüßt die neue „Niederlassung“ in Wäschenbeuren. Gerne sind wir bereit, die Suche werbend zu unterstützen.

### **31.80.0000 Sonstige sozial Hilfen und Leistungen –Gutscheine Café für ausgefallenen Alternachmittag**

GRÜNE-Fraktion: Die Gastronomie in Wäschenbeuren durch Anreize wiederaufleben zulassen ist dringend notwendig. Ein kleiner Beitrag könnten innerörtliche Hinweisschilder – insbesondere am Radweg – sein, wo der ortsunkundige Besucher sich stärken kann. Über weitere Hilfen muss dringend nachgedacht werden. Die Gutscheine für das ausgefallene Ü70-Treffen waren eine gute Sache. Da diese aktuell nicht eingelöst werden können, setzen wir uns für eine Umwertung der Gutscheine ein. Möglich wären Kooperationen mit dem ortsansässigen Einzelhandel.

Die Einlösbarkeit der Gutscheine für den coronabedingt ausgefallenen Seniorennachmittag 2021 war von Beginn an bis 31.01.2022 befristet. Die Anregung kann im GR gerne nochmals zum Thema gemacht werden.

### **36.20.0101 Kinder- und Jugendarbeit Ausweitung Jugendarbeit**

CDU-Fraktion: Am 20. Oktober 2021 fand in Wäschenbeuren das erste Jugendforum nach langer Zeit statt. Es ergab interessante Erkenntnisse und bringt weitere Aufgaben mit sich. Diese gilt es 2022 anzugehen und nicht aus den Augen zu verlieren.

Ein Anliegen der jungen Menschen ist die Neueröffnung eines Jugendtreffs sowie die Wiederaufnahme der „Offenen Kinder- und Jugendarbeit“ in Wäschenbeuren. Dieses Thema kann nur dann erfolgreich angegangen werden, wenn die Gemeinde die nötigen Ressourcen in die Hand nimmt. Die Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e.V. als Interessenvertretung der offenen Kinder- und Jugendarbeit auf Landesebene empfiehlt einen Stellenumfang von 50 % für Kommunen unserer Größe. Daran sollten wir uns orientieren, um die nötigen Qualitätsstandards zu erreichen. Die Zusammenarbeit mit einem freien Träger ist an dieser Stelle im Hinblick auf fachliche Begleitung und Vernetzung absolut sinnvoll. Mit dem garantierten Zuschuss des Landkreises bleiben die Kosten für die Gemeinde überschaubar. Ob die im Haushaltsplanentwurf veranschlagten 10.000 Euro für das Jahr 2022 ausreichen, werden wir sehen. Mittelfristig werden wir noch weitere Gelder in die Hand nehmen müssen.

Weiterhin will die CDU-Fraktion zwei wesentliche Punkte nochmals unterstreichen: Zum einen die Wichtigkeit der Verstärkung der Jugendbeteiligung sowie Transparenz gegenüber der Jugend und der ganzen Bevölkerung. Aktuell sind wir auf einem guten Weg. Diesen muss die Gemeinde konsequent weitergehen.

Die hier zum Antrag gestellte Ausweitung der Jugendarbeit lässt sich nicht aus den Ergebnissen von JAMP ableiten. Geht man von 30.000 € Personalkosten für eine 50 %-Stelle aus, verbleiben nach einem Zuschuss von 8.500 €/Jahr mindestens 21.500 €/Jahr als Anteil bei der Gemeinde. Dies ist bei möglichen Entscheidungen zu berücksichtigen.

### **36.20.0101 Kinder- und Jugendarbeit Freizeitplatz für Jugendliche und Jugendkonferenzen**

FWW-Fraktion: Das Jugendendforum 2021 wurde sehr gut angenommen. Wir wünschen uns, dass zweimal im Jahr eine Jugendkonferenz stattfinden würde. Desweiteren wünschen sich die Jugendlichen einen altersgerechten Freizeitplatz in zentraler Lage. Es sollte zeitnah mit der Suche nach einem geeigneten Standort begonnen werden.

SPD-Fraktion: Für ältere Jugendliche gilt es darüber hinaus, bald einen unabhängigen Treff möglichst in Eigenverantwortung zur Verfügung zu stellen. Andere, auch kleinere Kreisgemeinden als Wäschenbeuren, sind hier bereits tätig und geben Beispiel.

Einigkeit bestand nach Auswertung des JAMP-Prozesses, dass das Thema Jugendbeteiligung keine Eintagsfliege darstellen soll. Auch die Verwaltung spricht sich hier für eine Verstetigung aus. Bzgl. eines Treffs bittet die Verwaltung um Benennung geeigneter Örtlichkeiten sowie eine Beschreibung der angesprochenen guten Beispiele aus anderen Gemeinden. Auf dieser Grundlage könnte dann eine weitere Diskussion erfolgen.

### **36.50.0101 Ausbau U3 Kinderbetreuung**

CDU-Fraktion: Apropos Betreuung: Bereits im Juni letzten Jahres war abzusehen, dass unsere Kapazitäten in der U3-Kinderbetreuung nicht ausreichen. Inzwischen hat sich der erhöhte Bedarf verstetigt. Es kann nicht sein, dass Eltern mit ihren Kindern in Nachbarorte geschickt werden. An dieser Stelle muss etwas passieren. Wir halten den Aufbau einer weiteren Gruppe in den Räumen des ehemaligen Regenbogenkindergartens für einen sinnvollen Weg. Ziel ist es, den betreffenden Familien schnell Planungssicherheit zu geben und eine qualifizierte U3-Betreuung sicherzustellen. Die CDU erwartet, dass die Entscheidungsprozesse nicht verzögert und alle notwendigen Arbeiten schnell angegangen werden. Ergänzend bitten wir zu prüfen, ob die Gemeinde in die Ausbildung pädagogischer Fachkräfte einsteigen kann.

Die Gemeinde bildet bereits pädagogische Fachkräfte aus und bietet hierfür Praktikumsplätze für das BKSP1 und einen PIA Ausbildungsplatz zum /zur Erzieher/in an. Letzterer ist aktuell auch belegt. Die Fortentwicklung der Betreuungsangebote wird ein Dauerthema bleiben. Die Räume des ehemaligen Kindergarten Regenbogens bilden hierfür eine wichtige Grundlage. Eine Bedarfsabfrage der Nachfrage für Plätze im U3 Bereich wird in Kürze vorgenommen werden. Denkbar wäre, sollte sich ein nachhaltiger Bedarf zu den bereits vorhandenen 20 Krippenplätzen und 9 altersgemischten Plätzen ergeben, dabei neben einer weiteren Krippengruppe auch die Einrichtung einer Tagespflegegruppe in fremden Räumen. Die Verwaltung erlaubt sich den Hinweis, dass es doch gut war, die Räumlichkeiten nicht für Vereinsaktivitäten frei zu geben.

### **36.50.0101- Tageseinrichtungen für Kinder Corona Schnelltests**

CDU-Fraktion: Anfang Dezember 2021 ist der CDU-Antrag zur Bereitstellung von kostenlosen Corona-Schnelltests für Kinder an unseren Kindertageseinrichtungen an den Gegenstimmen von Freien Wählern, Grünen und der Verwaltung gescheitert. Mittlerweile hat die Landesregierung diese Entscheidung korrigiert. Seit dem 10. Januar 2022 gilt die Testpflicht für Kitas in Baden-Württemberg. Zwei Drittel der Kosten übernimmt das Land, der Rest ist von der Gemeinde zu tragen. Der entsprechende Betrag ist im Haushalt mit einem großzügigen Puffer einzuplanen. Der Gesundheitsschutz steht gegenwärtig an oberster Stelle. Ebenfalls äußerst wichtig: Unsere Einrichtungen müssen unbedingt offen bleiben.

Der Gemeinderat und die Verwaltung waren zu keiner Zeit gegen eine Testpflicht in Kindergärten. Die Durchführung von Tests ohne ausreichende rechtliche Grundlage ohne einfordersamer Konsequenzen fand aber keine Zustimmung in der seinerzeitigen Abstimmung. Insgesamt an zentraler Stelle wurden beim Produkt 11.26.0000 70.000 € für Tests an Schule und Kindertagesstätten eingeplant. Die Rückerstattung des Landes mit 64.000 € ist jedoch aufgrund der bei Planaufstellung noch nicht bekannten geringeren Erstattung bei Testungen für Kindergartenkinder um 10.000 € zu reduzieren.

### **36.50.0101- Tageseinrichtungen für Kinder - Ausweitung der Betreuungsschlüssel**

SPD-Fraktion: In den nächsten Jahren ist zu befürchten, dass sich der Fachkräftemangel in Kindertagesstätten auch in Wäschenbeuren bemerkbar machen wird.

Ebenso können wir davon ausgehen, dass der lange Lockdown auf die Entwicklung von Kindern im Kindergartenalter Auswirkungen hat.

Wir schlagen deshalb vor, den Personalschlüssel in den Kitas als freiwillige Leistung zu verbessern. Das könnte bedeuten, dass für alle Kindergärten gemeinsam eine weitere Fachkraft zu 30 oder 40 Prozent angestellt oder der Stellenumfang einer Fachkraft erweitert wird. Diese zusätzlichen Stunden könnten bei Bedarf sofort als Krankheitsvertretung genutzt werden. In der Hauptsache stünde Zeit zur Verfügung für zusätzliche, präventive, ganzheitliche Angebote zur Unterstützung einzelner oder mehrerer Kinder wie zum Beispiel zur Sprachförderung oder Unterstützung im Sozialverhalten.

Überlegenswert wäre hier, eine/n Heilpädagogin/en anzustellen.

Eine Refinanzierung wäre zum Teil möglich durch das Zusammenfassen der Finanzierung von Integrationshilfen.

Der Stellenmarkt für Fachpersonal in Kindergärten ist nahezu ausgeräumt. Aktuell bieten nur unbefristete Stellen, möglichst in Vollzeit eine realistische Chance auf geeignetes Fachpersonal. Eine Stelle, die in verschiedenen Einrichtungen Aufgaben zu erledigen hat und im Bedarfsfall zusätzlich Krankheitsvertretungen übernehmen soll wäre interessant, dürfte aber nicht zu besetzen sein. Eine Gegenfinanzierung über Integrationshilfen ist nicht möglich, da diese zweckgerichtet für das jeweilige Kind mit Förderbedarf einzusetzen sind.

#### **42.10.0000 – Förderung des Sports – TSV-Halle**

CDU-Fraktion: Bei der Fragestellung zur Zukunft der TSV-Halle sind wir seit dem letzten Jahr bedauerlicherweise nicht einen Millimeter weitergekommen. Mit „E-Mail-Ping-Pong“ geht es nicht voran. Gemeinde und TSV müssen gemeinsam besprechen, wie es weiter geht. Da freundliche Bitten in den Gemeinderatssitzungen nicht gehört wurden, stellen wir folgenden Antrag: Bürgermeister Vesenmaier beruft noch im ersten Quartal 2022 den „Planungsausschuss TSV-Halle“ ein.

SPD-Fraktion: Zur Erhaltung der Gesundheit sind adäquate Sportstätten in der Gemeinde unverzichtbar. Für notdürftige Unterhaltungsmaßnahmen, die in die Jahre gekommenen TSV-Halle, sind im Haushalt 40.000 € eingestellt. Dies kann jedoch nur eine kurzfristige Lösung sein. Die Diskussion um eine neue Sporthalle am TSV-Gelände zieht sich schon zu lange hin. Unsere Einwohnerschaft hat ein Recht darauf, dass sich die Verantwortlichen zusammensetzen und nach Lösungen suchen. Vom TSV wird ein Grundkonzept erwartet und von der Gemeindeverwaltung erwarten wir, dass sie endlich die Initiative für ein Treffen ergreift, um vorwärtszukommen.

GRÜNE-Fraktion: Auch dieses Jahr findet sich in der mittelfristigen Finanzplanung der Punkt „TSV Halle“ wieder. Um den umfangreichen Kultur- und Sportbetrieb in unserer Gemeinde aufrecht zu erhalten, braucht es aus unserer Sicht zwingend einen Neubau. Die Mängel, die das bestehende Gebäude aufweisen, sind zu schwerwiegend und lassen sich nicht durch eine Renovierung beseitigen. Die Vorteile eines auf den Bedarf zugeschnittenen Neubaus mit fortschrittlichem Energiekonzept überwiegen hier deutlich. Wir setzen uns dafür ein, dass im Jahr 2022 die gemeinsame Planung für eine neue „TSV Halle“ aufgenommen wird.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die Gemeinde den öffentlichen Bedarf für Schulsport, kulturelle Veranstaltungen und Gemeindeveranstaltungen vollständig über die vorhandene Bürenhalle abdecken kann und darüber hinaus viele Belegungszeiten für Vereinssport ermöglicht. Einen Bedarf an einer weiteren Gemeindehalle lässt sich nicht begründen. Ein Vergleich mit Gemeinden ähnlicher Größenordnung zeigt auf, dass die Gemeinde mit dieser Konstellation auf höchstem Niveau mitspielt. Zur Unterstützung eines möglichen Neubauvorhabens durch den Verein hat der Gemeinderat beschlossen, dem Verein einen Zuschuss von maximal 1/3 der Baukosten zu signalisieren. Die Beschlusslage wird die Verwaltung gerne im Rahmen einer Sitzung des gemeinsamen Ausschusses **nochmals** darlegen.



Bei einem Neubau würde es um ein Projekt gehen, das leicht 7 Millionen € und mehr verschlingen würde. Eine Billiglösung würde erfahrungsgemäß nach wenigen Jahren hohe Sanierungsaufwendungen zur Folge haben. Auch wäre jährlich mit Folgekosten in Höhe von ca. 300 000 € und mehr zu rechnen. Immer wieder wird über Energieeinsparung geredet. Eine neue Halle würde weiteren zusätzlichen Energiebedarf zur Folge haben. Ob dies in die heutige Zeit passt? Bescheidenheit wäre in unserer derzeitigen Phase auch eine Zierde. Auch muss gesagt werden, dass die Bemühungen der Gemeindeverwaltung zur Sanierung der bestehenden TSV-Halle, trotz in Aussicht gestellter sehr hoher Zuschüsse seitens des Landes und des Bundes quasi vom Tisch gefegt wurden. Auch dies sollte die Bürgerschaft wissen.

#### **42.41.0200 Sportanlage Haldenwang**

CDU-Fraktion: Die Flutlichtanlage am Sportgelände Haldenwang entspricht nicht mehr dem Stand der Technik und fällt zudem häufig aus. Das ist vor allem in der dunklen Jahreszeit ein Ärgernis. Eine Umstellung auf LED-Technik wäre daher nicht nur energetisch sinnvoll. Wir bitten die Verwaltung Angebote einzuholen und dem Gemeinderat entsprechende Zahlen vorzulegen.

Der Punkt wurde in der Gemeinderatssitzung vom 30.11.2021 bereits beraten und zur Kenntnis genommen. Die Kosten für den Austausch betragen ca. 62.000 €. In Relation zu den jährlichen Stromkosten, welche sich auf ca. 2.000 € belaufen, amortisieren sich die Kosten nach ungefähr 30 Jahren. Eine deutlich spürbare Verbesserung würde hierdurch nicht erzielt.

#### **51.10.01000 – Stadtentwicklung, Städtebauliche Planung, Verkehrsplanung und Stadterneuerung – Baugebiet Heubeund West**

CDU-Fraktion: Investitionen fallen ebenfalls bei der Erschließung des Neubaugebietes Heubeund-West an. Die Bauplatz-Interessentinnen und -Interessenten stehen bereits in den Startlöchern, wobei es leider wieder viele enttäuschte Gesichter geben wird. Hinsichtlich der Vergabe muss die Gemeinde für Transparenz und Rechtssicherheit sorgen.

Eine energieeffiziente Ausgestaltung des Neubaugebietes ist für uns unerlässlich. KfW 55-Effizienzhäuser sind für uns der Mindeststandard. Die neuen Wohnungen in Heubeund-West könnten mit Hilfe von Nahwärme versorgt werden. Ab Mai 2022 gilt in Baden-Württemberg die Photovoltaik-Pflicht für alle Neubauten. Verfügungen seitens der Gemeinde sind daher nicht von Nöten.

Durch die Verlängerung des Baulandmobilisierungsgesetzes hat sich der Zeitplan für die Umsetzung des Neubaugebietes geändert. Wir bitten die Verwaltung, für den weiteren zeitlichen Ablauf des Bebauungsplanverfahrens einen aktualisierten Fahrplan zu veröffentlichen.

SPD-Fraktion: Ein interessanter Punkt im Zusammenhang mit Klimaneutralität ist auch das geplante Baugebiet Heubeund-West. Für ein solches Vorhaben ist es heutzutage Pflicht, eine vorherige Prüfung vorzunehmen, wie die Wärmeversorgung dort klimaneutral realisiert werden kann. Wir denken hier auch an das Thema Nahwärme.

Der KfW 55 Standard soll nach den Vorgaben der Politik weiter nach unten gedrückt werden. Dann sind wir dem Ziel der Null-Energiehäuser sehr nahe. Wärmekonzepte in Neubaugebieten gehören der Vergangenheit an. Jedes neue Haus wird derzeit in Kombination mit den Photovoltaikanlagen zum Energieproduzenten.

GRÜNE-Fraktion: Wir begrüßen die Neuausrichtung der Wohnbaupolitik. Der Bau von dreizehn Mietwohnungen im Areal „Heubeund 19“ ist ein Schritt in die richtige Richtung. Um den steigenden Bedarf an Wohnraum zu decken, müssen wir aber auch in Zukunft neue Wege gehen. Als Fraktion setzen wir uns deshalb für einen sparsamen Umgang mit unseren gemeindeeigenen Flächen ein. Die neu geschaffenen Bauplätze im geplanten Neubaugebiet

„Heubeund West“, sollten deshalb nicht alle vergeben werden. So kann die Gemeinde auch in Zukunft neue Projekte entwickeln und flexibel auf neuen Bedarf reagieren.

So sieht es auch die Gemeindeverwaltung.

### **51.10.01000 – Stadtentwicklung, Städtebauliche Planung, Verkehrsplanung und Stadterneuerung – Vermietungsförderung**

GRÜNE-Fraktion: Wir sind für Anreize, private leerstehende Grundstücke und leerstehende Wohnungen im Ortsinneren zu aktivieren. Bauverpflichtungen müssen eingehalten werden. Wir schlagen vor, dass die Gemeinde ihren Bürgerinnen und Bürgern eine Beratung über Mietwohnraumförderung anbietet und dass sie die 2021 ausgelaufene Wiedervermietungsprämie des Landes Baden-Württemberg auf Gemeindeebene probeweise für ein Jahr weiterführt.

Das Programm wurde bis 31.12.2023 verlängert. Förderfähig sind dabei nur mehr als 6 Monate leerstehende Wohnungen, die auf Beratung oder Vermittlung durch die Gemeinde wiedervermietet werden. Damit verbunden wäre somit ein weiterer nicht unerheblicher Aufwand für die Verwaltung. Einen Aufruf im Gemeindemitteilungsblatt können wir aber gerne starten.

### **52.20.0000 - Gebäudebewirtschaftung Wohngebäude – Vermietung Heubeundstr. 19**

CDU-Fraktion: In der Heubeundstraße 19 entsteht kommunaler Wohnungsbau für die Mitte der Gesellschaft. Damit die Wohnungen dort ankommen, fordern wir ein Mitspracherecht des Gemeinderats zumindest bei der Erstvergabe der Wohnungen. Gerne sind wir bereit, Richtlinien und Kriterien für eine sozialverträgliche Vergabe zu definieren.

Die CDU-Fraktion begleitet das Projekt weiterhin konstruktiv und zwar immer unter der Prämisse von Schaffung von erschwinglichen Mietwohnungen in ökologischer Bauweise. Die Gemeinde als Bauträger muss in ihrer Vorbildfunktion energieeffizient bauen.

SPD-Fraktion: Gemeinderat und Verwaltung waren sich zuletzt einig, dass es in Wäschenbeuren an bezahlbarem Wohnraum fehlt. Auch unter diesem Gesichtspunkt wurden die Gebäude Heubeundstraße 19 konzipiert.

Damit das Ziel, bezahlbaren Wohnraum für Bürger mit schmalere Geldbeutel zur Verfügung zu stellen, auch wirklich erreicht wird, halten wir es für notwendig, dass der Gemeinderat sowohl auf die Auswahl der Mieterinnen und Mieter wie auch auf die Höhe des Mietzinses Einfluss nehmen kann.

Die Präsentation der Wohnungen erfolgt in der Regel über Onlineplattformen, die schnelle Entscheidungen erfordern. Die Vorstellung von Bewerbungen im Gemeinderat hat sich in der Vergangenheit immer wieder als Problem erwiesen, da viele Interessenten bis zur Entscheidung bereits andere Mietverträge eingegangen sind. Daher erfolgte die Übertragung auf die Verwaltung. In der Hauptatzung ist hierzu geregelt, dass Mietverträge bis zu einer Kaltmiete von 9.000 € pa in den Zuständigkeitsbereich des Bürgermeisters fallen. Mietpreis und Rahmenbedingungen werden wie bisher auch Gegenstand der Beratung im Gemeinderat sein. Die Wohnungen wird die Gemeindeverwaltung zu gegebener Zeit wiederholt im Amtsblatt ausschreiben.

### **52.20.0000 - Gebäudebewirtschaftung Wohngebäude –Baulücken und Leerstände**

CDU-Fraktion: Ebenfalls ein „alter Hut“ in CDU-Stellungnahmen zum Haushalt ist das Thema Wohnraum. Mit Bezug auf die innerörtliche Nachverdichtung beschäftigen uns vor allem die Aspekte Baulücken und Leerstände. Unsere Rufe dazu blieben in den letzten Jahren bei der Verwaltung bedauerlicherweise ungehört. Wir bleiben allerdings am Ball! Wohnraummangel ist die soziale Frage der Gegenwart. Die Gemeinde kann es sich nicht leisten, in diesem

Bereich Potentiale zu verschenken. Instrumente wie eine Baulückenbörse, die Belohnung eines Verkaufs zur sofortigen Bebauung, Wiedervermietungsprämien, ein Auftritt der Gemeinde als Mieter, die Teilnahme an der Wohnraum-Offensive Baden-Württemberg oder kommunale Aktivitäten im Bereich Beratung und Vermittlung müssen auf die Tagesordnung und diskutiert werden. Wir beantragen daher, die Wohnraumaspekte Baulücken und Leerstände im Jahr 2022 auf die Tagesordnung zu nehmen.

Die Gemeindeverwaltung verfolgt mit großem Interesse entsprechende Initiativen in anderen Städten und Gemeinden, so z.B. auch in Marbach am Neckar. In der Stuttgarter Zeitung wurde vor geraumer Zeit darüber berichtet, dass die Bemühungen, leerstehenden Wohnraum zur Vermietung zu bringen, praktisch erfolglos waren. Es widerspricht dem Datenschutz, Eigentümer unbebauter Grundstücke über ein Kataster, quasi vorzuführen. Grundsätzlich kann man sich über die Punkte unterhalten.

### **53.10.0101 Elektrizitätsversorgung – Förderung von PV-Anlagen**

GRÜNE-Fraktion: In Zeiten steigender Strompreise werden Photovoltaikanlagen wieder attraktiver, gleichzeitig erhöhen sie den Anteil der erneuerbaren Energie im Netz. Aus diesem Grund wollen wir auch unsere Bürgerinnen und Bürger dazu ermutigen aktiv zu werden. Um die dezentrale Erzeugung von erneuerbarer Energie voranzutreiben, beantragen wir für unsere Bürgerinnen und Bürger die Schaffung eines Förderprogramms für neue Photovoltaik- und Solarthermieanlagen auf Bestandsgebäuden. Dafür soll ein Betrag von 10.000 € im Haushalt bereitgestellt werden. Die Fördersumme soll pro Haushalt 500 € betragen und allen zur Verfügung stehen, die im Jahr 2022 eine neue Anlage installieren. Echte Neuanlagen sind Ersatzanlagen zu bevorzugen.

Für Solarthermieanlagen gibt es aktuell bereits Fördermöglichkeiten des Landes. PV-Anlagen auf Neubauten werden zukünftig zur Pflicht. Die aktuelle Strompreisentwicklung dürfte Motivation sein, eine mögliche Investition in diesem Bereich generell zu prüfen. Eine zusätzliche Förderung der Gemeinde dürfte dabei letztendlich nur zu Mitnahmeeffekten führen, aber keine wesentliche Lenkung auslösen.

### **53.10.0104 PV Solarpark Tausendbreitenwiesen - Erweiterung**

SPD-Fraktion: Mehrmals angesprochen wurde außerdem schon, die Erweiterung oder Ergänzung des Solarparks Tausendbreitenwiesen zu prüfen.

Die Schaffung einer weiteren PV-Freiflächenanlage war bereits auf Initiative Gegenstand der Beratungen im Gemeinderat, wurde von diesem aber abgelehnt.

### **53.30.0000 – Wasserversorgung**

GRÜNE-Fraktion: Wir beantragen die Bereitstellung ausreichender Mittel für die Instandhaltung des Wassernetzes. Die anhaltenden Probleme im Bereich der Leitungen führen zu Wasserverlust, welche Kosten für Gemeinde und Umwelt verursachen. Präventiv sollten besonders die ältesten und anfälligsten Leitungen überprüft werden.

Die Gemeinde hat mit der Erneuerung der Wasserleitungen in der Wäscherhofstraße und im Luginsland in den letzten Jahren umfangreiche Mittel in die Erneuerung gesteckt. Verfolgt wurde dabei die Strategie, anfällige Leitungen auszutauschen. Diese Aufgabe wird auch zukünftig so anfallen. Herausfordernd bleibt dabei der Spagat, trotz dieser Investitionen die Gebühren in einem vertretbaren Niveau zu halten. Die Erneuerung der Leitungen bedeutet zwangsläufig auch zum Teil deutlich höhere Gebühren.

### **53.80.0000 – Kalkulatorischer Zinssatz im Bereich der Abwassergebühren**

CDU-Fraktion: Bei Gebühren und Abgaben liegt Wäschenbeuren weiterhin deutlich unter dem Durchschnitt im Landkreis. In diesen Bereichen sollte kostendeckend gewirtschaftet werden, daher sind die Handlungsspielräume begrenzt. Es gibt sie aber dennoch. Die von der Verwaltung im Dezember 2021 vorgeschlagene Erhöhung der Kindergartengebühren fand zu unserer Freude keine Mehrheit im Gemeinderat. Der Haushaltsplan 2022 ist dementsprechend anzupassen. Leider konnte die CDU-Fraktion eine geringere Gebührenerhöhung im Bereich Abwasser nicht durchsetzen. Unsere Einwände richten sich dabei gegen die kalkulatorische Verzinsung des Anlagevermögens. Diese ist aus unserer Sicht zu hoch angesetzt und geht somit zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir beantragen, vor der nächsten Überprüfung der Gebühren und Abgaben, eine angemessene und faire kalkulatorische Verzinsung festzulegen.

Die seit vielen Jahren angewandte Praxis, bildet eine fair und nachvollziehbare Regelung zur Ermittlung des notwendigen kalkulatorischen Zinssatzes im Bereich der Abwasserbeseitigung. Auf das langfristige Anlagevermögen mit einer Laufzeit von in der Regel 50 Jahren wird ein langfristiger Durchschnittszinssatz angewandt. Die derzeit günstigen Sätze kommen daher den nächsten Jahre zugute.

#### **54.10.0100 Bereitstellung und Betrieb von Gemeindestraßen – Begrünung Stützmauern**

CDU-Fraktion: Vor geraumer Zeit gab es die Aktion „Unser Dorf soll schöner werden“, die in Wäschenbeuren sehr erfolgreich war. Eine Generalüberholung hat Wäschenbeuren nicht nötig. Dennoch gibt es Verbesserungspotential. Die Begrünung der Betonstützmauern in der Göppinger Straße ist wünschenswert.

Das sehen auch wir so.

#### **54.10.0100 Bereitstellung und Betrieb von Gemeindestraßen – Barrierefreie Gemeinde**

FWW-Fraktion: Es ist mal wieder nötig mit der Kreisbehindertenbeauftragten Frau Claudia Oswald- Timmer eine Ortsbegehung zu unternehmen, da das Fahren mit einem Rollstuhl oder Rollator an den möglichen Überquerungen sehr erschwert ist.

Wir haben hier zwar viel getan. Gerne wird diese Anregung aufgenommen.

#### **54.10.0100 Bereitstellung und Betrieb von Gemeindestraßen Verkehrsaufkommen B297**

FWW-Fraktion: Es ist wichtig, dass die Gemeinde sich Gehör bei der Landes- und Bundesregierung verschafft, damit die B297 nicht aus dem Fokus gerät, „steter Tropfen höhlt den Stein“, es muss dringend an einer Lösung gearbeitet werden, auch wenn wir wissen, dass es noch Jahre brauchen wird, dürfen wir es nicht still so hinnehmen.

Die Verwaltung nimmt die Anregung zum Anlass, im Jahr 2022 wieder eine Verkehrszählung vorzunehmen.

#### **54.10.0100 Bereitstellung und Betrieb von Gemeindestraßen - Radwegekonzept**

GRÜNE-Fraktion: Schon oft wurde unsere Fraktion auf die äußerst ungeschickliche Wegführung unserer Radwege aufmerksam gemacht. Mehrfach die Bundesstraße überqueren zu müssen, um mit dem Rad den Schützenhof oder Birenbach zu erreichen ist nicht nur unlogisch, sondern auch gefährlich. Um mehr Menschen für einen Umstieg aufs Rad zu begeistern und um den Verkehr in unserer Gemeinde sicherer zu machen, fordern wir die Erstellung eines

Radwegekonzepts. Insbesondere die Streckenführung entlang der Bundesstraße in Richtung Birenbach sollte dringend geändert werden, der Neubau des Verbrauchermarkts und die anstehenden Tiefbauarbeiten geben hier Anlass zum Handeln.

Möglicherweise können wir hier auf das Büro zurückgreifen, das auch den Landkreis bei der Radwegekonzeption beraten hat.

#### **54.10.0100 Bereitstellung und Betrieb von Gemeindestraßen – ÖPNV**

SPD-Fraktion: Um mit der Verkehrswende voranzukommen, müssen wir neben der E-Mobilität auch den Öffentlichen Personennahverkehr weiter stärken. Das bedeutet, dass sich die Gemeinde unbedingt auf Kreisebene dafür einsetzen muss, dass es wegen eines pandemiebedingten Rückgangs an Fahrgästen zu keinem Linienabbau kommt. Vielmehr müssen die Fahrzeiten der Busse besser auf die Bahnen in Göppingen und Lorch abgestimmt und das von der Gemeinde bezuschusste Stadtticket für 3,00 Euro besser bekannt gemacht werden.

Die Anregung werden wir gerne an den Landkreis und den VVS weiterleiten.

#### **54.10.0100 Bereitstellung und Betrieb von Gemeindestraßen – Überdachter Fahrradstellplatz**

GRÜNE-Fraktion: Erfreulich ist, dass nun alle Bushaltestellen barrierefrei ausgebaut werden. Dafür sollen ca. 350.000€ investiert werden. Unter anderem soll dabei auch die Haltestelle am Marktplatz umgestaltet werden. Gerne würden wir die Planung hier um einen überdachten Fahrradstellplatz erweitern, dieser würde Buspendelnden ermöglichen, ihr Fahrrad sicher und vom Wetter geschützt abzustellen.

Wir geben diese Anregung gerne an unser Planungsbüro weiter.

#### **54.10.0100 Bereitstellung und Betrieb von Gemeindestraßen – Geschwindigkeitsbegrenzung auf Bundesstraße**

SPD-Fraktion: Wie im April letzten Jahres beschlossen, soll die Fortschreibung des Lärmaktionsplanes in Wäschenbeuren insbesondere den Anwohnern der Bundesstraße weitere Erleichterungen bringen. Die angekündigte Befragung der Anwohner gilt es umzusetzen und dann die Einführung einer nächtlichen Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Bundesstraße von 30 km/h herbeizuführen.

GRÜNE-Fraktion: Die Gemeinde sollte Anreize schaffen, den innerörtlichen Autoverkehr zu reduzieren, indem die Nutzung des Fahrrads attraktiver gemacht wird. Kindern sollte die Kommune sichere Wege anbieten. Tempo 30 haben wir fast überall im Ort. Es muss auf die Wäscherhofstraße, auf die Bundesstraße ab dem Friedhof und bis zum Ortsende Richtung Birenbach ausgeweitet werden. Dies lässt sich mit Lärmschutz und teilweise fehlenden Radwegen begründen. Bei der Metzgerei Beck ist die Situation so unübersichtlich, dass in diesem Bereich Tempo 20 notwendig ist.

Das Thema Erweiterung der Geschwindigkeitsbegrenzung entlang der Bundesstraße war in der Vergangenheit bereits Gegenstand der Beratungen im Gemeinderat und wurde von diesem abgelehnt.

#### **54.10.0200 Verkehrsausstattung – Straßenbeleuchtung**

CDU-Fraktion: Wie wäre es beispielsweise mit „Intelligenter Straßenbeleuchtung“? Das sind Straßenlaternen, die nur dann heller werden, wenn Fahrzeuge, Fahrräder oder Fußgänger

sich nähern. Ansonsten dimmen sie das Licht und sparen somit Strom. Umwelt und Tierwelt werden ebenfalls geschont. Wir könnten uns vorstellen, diese Art der Straßenbeleuchtung in Wäschenbeuren zu testen. Die CDU-Fraktion bittet die Verwaltung ein derartiges Projekt zu prüfen.

Die Straßenbeleuchtung wurde vollständig auf LED-Beleuchtung umgestellt und entspricht dem aktuellen Stand der Technik. Mit dem Umstieg konnten die Stromkosten für diesen Bereich halbiert werden. Der nachträgliche Einbau zusätzlicher Sensortechnik steht die Verwaltung aufgrund der damit verbundenen Kosten und insbesondere der damit befürchteten höheren Störanfälligkeit kritisch abwartend gegenüber. Ein Versuch könnte im Neubaugebiet „Heubeund-West“ gemacht werden.

Vorsicht!

Der Sicherheitsaspekt sollte bei den Überlegungen nicht ausgeblendet werden.

Der Fußgänger überschaut eben gerademal 30-50 Meter und nicht mehr. Ansonsten blickt er in die dunkle Nacht.

### **55.10.0100 Grünanlagen und öffentliche Brunnen**

In unseren Sommern steigt der Wasserbedarf für öffentliche Grünflächen. Gleichzeitig wird die Wasserversorgung nicht günstiger. Wir beantragen zu prüfen, ob in Wäschenbeuren Regenwasserspeicher an den öffentlichen Gebäuden angebracht werden können, um den höheren Bedarf auszugleichen.

Der nachträgliche Bau von Zisternen an öffentlichen Gebäuden (wo denn?) würde Investitionskosten im fünfstelligen Bereich nach sich ziehen. Der derzeitige Verbrauch des Bauhofs für Gießarbeiten liegt bei ca. 150 cbm. Das ist der Verbrauch von 1 ½ Haushalten. Kostenaufwand: Unter 150 €. Die gutgemeinten Überlegungen stehen in keinem Verhältnis zum Aufwand.

### **55.20.0000 Gewässerschutz/Öffentl. Gewässer/Wasserb Anlagen**

CDU-Fraktion: Die Gewässerläufe im Ort brauchen regelmäßig Pflege. Der Wäscherhof-Teich wirkt nicht sehr einladend. Dort besteht Handlungsbedarf. Vielleicht können wir über Pflegepatenschaften eine Verbesserung erreichen? Die CDU-Fraktion regt zudem an, im Frühjahr eine Ortsputzete durchzuführen. Dabei muss Corona natürlich mitspielen.

Jeder Eingriff in das Biotop käme einer Operation gleich. Die Abdichtung des Teiches ist künstlich erfolgt und könnte bei einem Eingriff verletzt werden.

Nach erfolgten Arbeiten würde für Monate eine dunkle Brühe das Gesamtbild bestimmen.

Nach 2-3 Jahren wäre der Teich wieder überwuchert, weil sich die Wurzeln tief in die Folie eingegraben haben. Bei Radolfzell sieht die Uferlandschaft nicht viel anders aus.

Die Ortsputzete findet heuer statt.

### **55.30.0000 Friedhofs- und Bestattungswesen**

CDU-Fraktion: Selbst stille und friedliche Orte wie unser Friedhof unterliegen dem Wandel der Zeit. Kleiner, pflegeleichter und naturnäher sollen Gräber heute sein. Die CDU-Fraktion sieht hier Entwicklungsmöglichkeiten in Wäschenbeuren, die im Jahr 2022 zunächst planerisch angegangen werden sollten. Wir schlagen gärtnerbetreute Urnengemeinschaftsgrabanlagen mit individuellen Grabsteinen vor. Darüber hinaus beantragen wir die Anlage eines Grabfeldes mit einem Gedenkstein für die sogenannten Sternenkinder. Eltern, die ihr Kind vor oder bei der Geburt verloren haben, könnten an dieser Stelle trauern.

Eine Menge hat die Gemeinde bezüglich der Vielfalt des Bestattungsangebotes unternommen.

Diesen sollte man eine Chance gegeben, bevor eigene Konzepte indirekt wieder in Frage gestellt werden.

#### **55.40.0000 Naturschutz und Landschaftspflege – Vogelhaus und Fördermitgliedschaften**

CDU-Fraktion: Die Mehlschwalbe ist gefährdet. Ihr Bestand geht stetig zurück. Dabei spielen viele Faktoren eine Rolle. Moderne Architektur macht es Schwalben oft unmöglich, ihre Nester zu bauen. Um den Rückgang der Mehlschwalbenbestände zu stoppen, braucht es künstlicher Nisthilfen. Die CDU-Fraktion beantragt deshalb die Aufstellung eines Mehlschwalbenhauses in Wäschenbeuren. Zur Klärung der Standortfrage sollte der NABU mit ins Boot geholt werden. Der Verein Schwabenkitz e.V. betreibt gelebten Tierschutz durch die Rettung von Rehkitzen im Frühjahr vor dem Mähtod mittels Einsatz von Wärmebilddrohnen. Auch auf der Gemarkung Wäschenbeuren war der Verein bereits aktiv. Die CDU-Fraktion begrüßt diese Initiative und beantragt eine Fördermitgliedschaft der Gemeinde Wäschenbeuren. Andere Kommunen haben dies bereits vorgemacht.

Für die Planung der Aufstellung eines Mehlschwalbenhauses kann die Verwaltung nicht die nötige Kompetenz aufweisen. Empfohlen wird als Vorgehensweise, dass der Antragsteller den Antrag in Zusammenarbeit mit dem NABU oder anderen Stellen konkretisiert und nach Kenntnis der Kosten mit einem Standortvorschlag als Antrag in den Gemeinderat einbringt.

Die Gemeinde ist bereits in einer Vielzahl von Vereinen Fördermitglied. Ob eine weitere Fördermitgliedschaft nun erforderlich ist, ist vom Gemeinderat zu entscheiden.

#### **55.40.0000 Naturschutz und Landschaftspflege – Streuobstkonzept**

GRÜNE-Fraktion: Wir sind mit dem Ziel angetreten, Wäschenbeuren noch grüner zu machen und ein Bewusstsein für unsere Kulturlandschaft zu schaffen. Mit der Etablierung eines Umweltausschusses und der Erstellung von Blühstreifen sind wir hier auf dem richtigen Weg. Des Weiteren freuen wir uns, dass für die Umsetzung des Projekts „Essbares Dorf“ 5000 € bereitgestellt werden. Aus unserer Sicht muss dieser Weg nun konsequent fortgesetzt werden. Wir fordern deshalb, dass der „grüne Ausschuss“ sich damit befasst, wie 2022 noch mehr Flächen ökologisch aufgewertet werden können. Um das Insektensterben und den Artenschwund örtlich aufzuhalten, brauchen wir dringend eine neue „Blühoffensive“.

Weil sie unzähligen Tieren und Pflanzenarten einen Lebensraum bietet, ist die Streuobstwiese eines der wertvollsten Habitate Europas. Gerade deshalb ist es uns ein Anliegen, diese einzigartige Kulturlandschaft zu erhalten. Das Ziel muss sein, die Bestände auf dem Gebiet der Gemeinde zu erhalten und langfristig auszubauen.

Die Gemeinde Wäschenbeuren sollte hier auch zusätzliche Anreize für unsere Bürgerinnen und Bürger schaffen. Wir beantragen deshalb, dass sich der grüne Ausschuss im Jahr 2022 mit der Aufstellung eines echten Streuobstkonzepts beschäftigt. Konkret beantragen wir die Erstellung einer Bestandsanalyse auf unserer Gemarkung. Darin sollen alle Streuobstbäume kategorisiert erfasst werden, um Potenziale zu erkennen. Die schwere Arbeit, die mit der Bewirtschaftung einer solchen Wiese einhergeht, muss sich wieder lohnen oder zumindest besser subventioniert werden.

Der Bauhof ist mit der Anlegung von Blühstreifen und Stauden seit mehreren Jahren bereits in dieser Richtung aktiv und hat hier bereits sehr erfolgreich mehrere Projekte umgesetzt.

Die Bestandsanalyse der Streuobstbäume würde die Verwaltung sowohl personell als auch fachlich überfordern. Denkbar wäre es, in der Angelegenheit auf den Obst- und Gartenbauverein zuzugehen, der im Bereich Streuobstbewirtschaftung über eine ausgezeichnete Expertise verfügt. Grundsätzlich ist hinsichtlich der Förderung anzumerken,

dass die Gemeinde bereits Förderprogramme zum Erhalt des Streuobstbestandes hat und die Streuobstbewirtschafter auch bei der Antragsstellung beim Landesförderprogramm unterstützt.

Eine zusätzliche Bestandanalyse ist nach Auffassung der Gemeindeverwaltung nicht erforderlich. Alle paar Jahre wird unsere Gemarkung befliegen. Dabei ist jeder Baum erkennbar.

Weil auch Bäume krank werden können ist schwer nachzuweisen, ob die Entfernung aus diesem Grund erfolgte.

#### **56.10.0700 Konzeptionen zum Klimaschutz und ökologisch orientierte Energieplanung– Klimamanager**

GRÜNE-Fraktion: Nur durch konsequente Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses lässt sich der menschengemachte Klimawandel in geregelte Bahnen lenken. Wir beantragen deshalb Mittel für die Anstellung einer KlimamanagerIn. Diese soll notwendige Maßnahmen wie die Erstellung eines ortsbezogenen Klimaschutzkonzepts und eines Wärmeleitplans umsetzen und begleiten. Einen besonderen Mehrwert erhoffen wir uns für private Haushalte, da die KlimamanagerIn auch für persönliche und kostenlose Beratung zur Verfügung steht. Denkbar wäre es, die Stelle im Verbund mit anderen Gemeinden auszuschreiben, so könnten Ressourcen gespart und Synergien erzeugt werden.

Wäschenbeuren ist Mitglied der „Vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft Göppingen-Schlatt-Wäschenbeuren-Wangen“. Mit einem Schreiben haben wir uns mittlerweile an den Göppinger OB gewandt mit der Bitte, dass auch die Göppinger Fachkraft in Wäschenbeuren zum Einsatz kommt. Dies könnte über eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung geregelt werden. Auch das Gutachterwesen wurde vor ein paar Jahren auf diesem Weg gelöst. Unabhängig davon haben wir bisher im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben alle Daten erhoben und nach „oben“ gemeldet. Anderen Kommunen sind wir hier nicht nur eine Nasenlänge voraus. Wenn es über die „Göppinger Schiene“ nicht klappt, sollte ein Verbund mit den Schurwaldgemeinden angestrebt werden. Eingestellt ist ein Nettoaufwand von 5.000 € für das Jahr 2022.

#### **57.10.0600 Förderung von Carsharing-Modellen – Marketing und weitere Ladesäulen**

CDU-Fraktion: 2022 steht die Errichtung der öffentlichen E-Ladesäule am Marktplatz an. Die CDU-Fraktion freut sich auf das neue Mobilitätsdrehkreuz am Marktplatz mit einer Ladesäule, E-Carsharing, Pedelecs, Bushaltestelle und dem Automobilverkehr. Sobald die Ladesäule und das E-Carsharing zur Verfügung stehen, müssen Gemeinde und Anbieter offensiv Marketing betreiben. Wir schlagen Aktionstage oder Werbewochen vor. Dabei sollten Fachkräfte den Interessierten die Nutzung vorstellen und erklären. Ob es weiterer öffentlicher Ladesäulen bedarf oder ob sich das Laden eher in den privaten Raum entwickelt, wird sich zeigen. Die CDU-Fraktion kann sich jedenfalls weitere Ladesäulen an hochfrequentierten Plätzen vorstellen. Denkbar wären Standorte wie an der Bürenhalle, am Friedhof, an der Turnhalle oder im Gewerbegebiet.

SPD-Fraktion: Nach zähem Start rollt nun die Kaufwelle für E-Autos immer stärker an. Noch ist Wäschenbeuren ein Niemandsland, was Ladestationen angeht.

Eine Ladestation wurde zwar für den Marktplatz bereits beschlossen, aber vom Vertragspartner leider noch nicht umgesetzt.

Das sollte uns Warnung und Ansporn genug sein, bereits über weitere Standorte für verschiedene Typen an Ladestationen nachzudenken und eine Installation in die Wege zu leiten. Als Standorte für konventionelle Ladestationen kommen aus unserer Sicht beispielsweise der Sportplatz, der Friedhof oder die Bürenhalle in Frage.

Im Zuge des Edeka-Neubaus sollte darauf gedrängt werden, dass dort auch eine Schnellladestation eingeplant wird. Eine solche existiert beispielsweise am Edeka in Rechberghausen und wird dort rege genutzt.



GRÜNE-Fraktion: Der anstehende Neubau des Verbrauchermarkts bietet viele Chancen. Wir bedauern die vorerst vergebene Möglichkeit, Wohnraum auf dem Dach des neuen Verbrauchermarkts zu realisieren. In Zeiten der zunehmenden Versiegelung wertvoller Grünflächen kann sich keine Kommune eingeschossige Gebäude dieser Dimension leisten. Unserer Fraktion sind weiter vor allem zwei Punkte wichtig:  
Zum einen beantragen wir die Erstellung von mehreren schnellen Ladesäulen für E-Autos, so kann die Zeit während des Einkaufs bequem zum Laden des eigenen Autos genutzt werden. Der Parkplatz darf keine öde graue Fläche sein, sondern muss integrierte Grünflächen, überdachte Fahrradstellplätze und Bäume beinhalten.  
Zum anderen fordern wir, dass das Sortiment um Produkte aus der Region erweitert wird. Besonders unsere ortsansässigen Erzeuger wären daran interessiert und könnten davon profitieren. Vorbild könnte hier der Edeka-Markt Daiber in Wangen sein.

Mit der Umsetzung des Projekts E-Carsharing und Bau einer Ladesäule ist die Verwaltung bereits seit längerem beschäftigt. Der Gemeinderat wurde über den Stand in der Sitzung vom 20.01.2022 informiert. Dieses Projekt gehört damit auch zu den vielen Projekten deren Umsetzung aktuell Verwaltungskapazität beansprucht. Mit der nun hoffentlich bald möglichen Realisierung kann die Gemeinde eine erste öffentliche Lademöglichkeit an einem gut frequentierten Standort schaffen. Mit den weiteren im Zuge des Neubaus des Verbrauchermarktes vorgesehenen Lademöglichkeiten wäre eine gute Grundlage in Wäschenbeuren gegeben. Dies wurde auch wiederholt mit EDEKA-SÜDWEST kommuniziert. Ebenso wurde das Anliegen auch der EnBW vorgetragen.  
Doch alle Stellen haben ihre Konzepte, die auch mit dem Land abgestimmt werden. Vieles ist hier in Bewegung. Manches gut gemeinte Angebot findet aber auch keinen Anklang (Rad-Regio)..

Zum neuen E-Mobil: Der Vorschlag der Subventionierung in den ersten Monaten wurde bereits zu einem früheren Zeitpunkt zum Thema gemacht. Ja, die Verwaltung möchte die Einführung mit Leben erfüllen. Ein Konzept wird zeitnah dem GR vorgelegt.

### **57.30.0910 Gebäudebewirtschaftung Geschäftsgebäude - Ärztehaus**

SPD-Fraktion: Wie wichtig eine ortsansässige, gute Gesundheitsversorgung ist, sehen wir aktuell an den Herausforderungen durch die Pandemie. Um mittel- und auch langfristig eine schnell erreichbare und qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung für unsere Bürger aufrecht zu erhalten, muss rechtzeitig die Nachfolge in der hiesigen Ärzteschaft gesichert werden.  
Ein Ärztehaus im Ort wäre eine attraktive Lösung. Die Gemeindeverwaltung kann hier Ausschau nach geeigneten Grundstücken halten und den Kontakt zu den hier bereits tätigen Dienstleistern im Gesundheitsbereich suchen.

Bezüglich geeigneter Grundstücke steht die Verwaltung entsprechenden Hinweisen aufgeschlossen gegenüber. Diese sollten allerdings zentrumsnah sein.  
Eine Konkurrenz zur gut gehenden Hohenstaufenpraxis sollte nicht geschaffen werden.

### **61.10.0000 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen - Grundsteuer**

SPD-Fraktion: In den letzten Wochen erreichten diejenigen Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde, die eine Immobilie besitzen, die Bescheide der Gemeindeverwaltung zur Grundsteuer.  
Darin wird zu Recht darauf hingewiesen, dass für das Jahr 2025 eine Reform greifen wird. Im Hinblick auf die Möglichkeit, eine Grundsteuer C für unbebaute, baureife Grundstücke anzusetzen, wird es notwendig, ein Kataster über ebensolche Grundstücke anzulegen.  
Diesen Schritt schlagen wir bereits für dieses Jahr vor, um rechtzeitig die Grundlagen zu ermitteln und Kenntnis über die Zahl der unbebauten, baureifen Grundstücke zu erlangen. Wir können damit auch zeitnah bei den Eigentümern für eine Bebauung werben.

Die Grundsteuerreform ist eines der vielen internen Projekte, die im Jahr 2022 und den Folgejahren Verwaltungskapazitäten beanspruchen werden. Die Umsetzung des § 2 b Umsatzsteuergesetz, die eine vollständige Überprüfung sämtlicher Verwaltungstätigkeiten auf eine Steuerbarkeit hin erforderlich macht, wollen wir ergänzend benennen. Die Erstellung eines Grundstückskatasters ist notwendig, sollte der Gemeinderat eine besondere Besteuerung dieser Flächen einfordern. Diese ist allerdings an weitere rechtliche Hürden geknüpft, die aktuell noch nicht vollumfänglich absehbar sind. Die Erstellung eines Katasters hat im Hinblick auf die Zeitschiene für die Umstellung aus Sicht der Verwaltung allerdings derzeit keine Priorität.

## Anregungen aus Vorjahren

CDU-Fraktion: Viele unserer Anträge und Anregungen aus den letzten Jahren wurden bereits umgesetzt. Durch die Gemeinde finanzierte Schnuppermitgliedschaften in Vereinen stehen in der heutigen Sitzung noch auf der Tagesordnung. Manches ist jedoch liegengeblieben. Dazu zählen das „Maßnahmenpaket stehender Verkehr“ und die Optimierung der Glascontainerstellplätze. Die CDU-Fraktion bittet hier um Abarbeitung oder einen aktuellen Sachstandsbericht.

Mit dem neuen Wertstoffhof ist hier einiges in Bewegung.

## 61.20.0000 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft- Fragen zum Haushaltsentwurf

SPD-Fraktion:

a) Der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge wird auf Seite 3 und auf Seite 7 mit unterschiedlichen Zahlen ausgewiesen.  Welche stimmt? **Richtig ist der Betrag auf Seite 7 mit 9.538.610 €, der auch aus der 23 entnommen werden kann.**

b) Ein Tippfehler hat sich auf Seite 10 eingeschlichen: unter Punkt I.5 müssten die Mieteinnahmen mit 280.100 € stehen und nicht 28.100 €.

c) Das Thema Negativzins wurde in einer der letzten Sitzungen angesprochen. Hierzu finden wir keinen Betrag im Bereich „sonstige Finanzaufwendungen“.  Wo ist dieser zu finden? Oder rechnen Sie nicht mit Negativzinsen im Jahr 2022? Evtl. könnte man hier durch Umschichtung Geld einsparen. **Für Negativzinsen sind 35.000 € einkalkuliert unter 11.22.0000/4431.0000**

d) Auf Seite 10 wird der Ertrag aus Betreuungsgebühren „Nachmittagsbetreuung“ mit 14.500 € erwartet nach 36.100 € im vergangenen Jahr.  Woraus begründet sich die geringere Erwartung? **Der Betrag im Jahr 2021 enthielt auch die Entgelte für Mittagessen, die in 2022 auf einem separaten Produktsachkonto ausgewiesen werden.**

e) Bei den Unterhaltungsaufwendungen (Seite 13) unter Produkt (55100200) Freizeitanlagen und Spielflächen ist ein Anstieg der Planzahl von 10.000 € auf 40.000 € verzeichnet.  Was plant hier die Verwaltung? **Eingeplant sind größere Unterhaltungsarbeiten an den Außenbereichsspielplätzen.**

f) Auch bei Produkt (57300910) Gebäudebewirtschaftung „Geschäftsgebäude“ ist ein hoher Betrag mit 30.000 € nach nur 2.000 € im Vorjahr angegeben.  Was steckt dahinter? **Die Eigentümergemeinschaft der Mörikestr. 5 hat umfangreiche Unterhaltungsarbeiten am Gebäude beschlossen, an denen sich die Gemeinde entsprechend zu beteiligen hat.**

g) Die Betriebskostenumlage (S. 14) an den Zweckverband Abwasserreinigung wird mit 24.500 € und damit um fast 20 % auf 155.000 € steigen.

Worin ist dies begründet? **Massive Kostensteigerungen im Bereich der Entsorgung des Klärschlammes, steigende Energiekosten lassen die aus dem Betrieb des BHKW s erzielbaren Einsparungen dahinschmelzen. Der Planansatz wurde daher auf das Niveau des Jahres 2020 angepasst.**

h) Die Stelle Schulsozialarbeit und Ganztagesbetreuung (S.15) ist ja leider noch nicht besetzt.  Wird der Ansatz mit 71.000 Euro deshalb noch nach unten korrigiert? Eine Korrektur wurde in der Änderungsliste vorgenommen

i) Die Geschäftsaufwendungen, aufgeführt auf Seite 15, steigen von 65.400 € auf 95.800 € und damit um fast 50 %. □ Was ist in diesen Aufwendungen beinhaltet? Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus den zusätzlich eingeplanten Aufwendungen in Höhe von 35.000 € für das Verwarentgelt.

## II. Beschlussvorschlag

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen der Verwaltung und die beiliegenden Unterlagen mit Änderungsliste zur Kenntnis und beschließt die Haushaltssatzung 2022 gem. Anhang

Wäschenbeuren, 31.01.2022



Vesena Maier  
Bürgermeister

Kämmerei  
Hagenlocher

**Anlagen**

---